

SCHLUSSEKTLÄRUNG

der 3. Konferenz europäischer Imame und SeelsorgerInnen vom 14. bis 16. Mai in Wien

Analyse der Ausgangssituation

„Die richtige Frage ist die Hälfte der Wissenschaft, die andere Hälfte ist das Vermögen zuzuhören.“ (Imam Ali)

Europäisches Selbstverständnis als „Vereint in Vielfalt“ zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Kaum ein Thema wird europaweit ähnlich intensiv diskutiert wie das Zusammenleben mit einer steigenden Zahl von Musliminnen und Muslimen. Aktuell leben ca. 53 Millionen Muslime in Europa, davon ein Drittel in Russland und 16 Millionen in der EU. Häufig gerät dabei aus dem Blickfeld, dass es hier nicht um ein reines Zuwanderungsthema geht. Denn viele Millionen autochthone Muslime zeugen davon, dass der Islam seit Jahrhunderten ein lebendiger Bestandteil Europas ist und Spuren in den Kulturen und den Wissenschaften hinterlassen hat. Europa bekennt sich in seinem Motto zu „Vereint in Vielfalt“. Daher sollte eigentlich ein positiver Zugang zu Pluralismus gewährleistet sein. Je mehr jedoch Faktoren wie die Wirtschaftskrise und rapider gesellschaftlicher Wandel im Zuge der Globalisierung für Unsicherheit sorgen, steigt das Bedürfnis nach Halt in einer einheitlichen Identität.

Abgrenzung vom Islam als Mittel der Selbstdefinition wird zum Instrument des politischen Mainstream

Musste schon 2006 von den KonferenzteilnehmerInnen festgestellt werden, dass es „noch großer Anstrengungen bedürfe, um die Akzeptanz der Muslime in der Mehrheitsgesellschaft zu erreichen“, so hat sich daran nichts geändert. Vielmehr stellen die Delegierten mit Sorge fest, dass die damals beobachtete Tendenz populistischer Abgrenzung als Mittel ein „Wir-Gefühl“ zu erreichen, immer mehr zu einem Instrument auch des politischen Mainstream zu werden droht. Das Ergebnis des Referendums gegen Minarettbau in der Schweiz erscheint den Delegierten bedenklich, und es bereitet Sorge um Europa, wenn hier die muslimische Sichtbarkeit per Gesetz verhindert wird. Gerade in einer entwickelten Demokratie ist die Abstimmung über Minderheitenrechte nicht zulässig.

Wie nähern wir uns dem Thema? „Islamisierung“ hier, „Orientalisierung des Islams“ dort

Welches sind nun die Fragestellungen, die uns im Diskurs weiterbringen? Sind sie die gleichen, ob von der Mehrheitsbevölkerung oder von MuslimInnen gestellt? Schon die verwendeten Begriffe zeigen teils sehr verschiedene Gewichtungen. Ein Beispiel ist das Schlagwort „Islamisierung“, an dem auch zu beobachten ist, wie populistische Angstmake salonfähig wird. Subtil gibt der Begriff zu verstehen, dass alleine die Sichtbarkeit von MuslimInnen ein Angriff auf die Lebensweise der

Mehrheitsgesellschaft sei. Während also hier Ängste vor dem drohenden Identitätsverlust seitens der Mehrheitsbevölkerung eingefangen werden, diskutieren MuslimInnen Tendenzen einer „Orientalisierung des Islams“. Dabei beobachten sie sowohl Stereotypisierungen in der Außensicht, die das „Fremdartige“ festschreiben wollen, wie innermuslimische romantisierende Strömungen. Diese können insofern sogar in einer Wechselbeziehung stehen, als gerade die ständige Vorhaltung des „anders-Seins“ und damit der Ausschluss zum Rückzug in eine idealisierte eigene Welt anregt.

MuslimInnen in Europa müssen ein eigenständiges und unabhängiges Profil entwickeln – Imame haben eine Schlüsselrolle

Den Islam zu praktizieren schließt den Respekt gegenüber Menschen anderer Religion oder Weltanschauung mit ein. Für Muslime liegt also überhaupt kein Gedanke darin, anderen das Recht auf ihre individuellen Lebensformen abzusprechen. Ein tatsächlich zu erörternder Transformationsprozess richtet sich vielmehr an das eigene Selbstverständnis. Denn wie bereits in Graz 2003 und Wien 2006 herausgearbeitet, trägt der Islam den Charakter einer universalen Religion, die sich harmonisch unter verschiedenen örtlichen Gegebenheiten einfügt. Hier geht es darum, die Eigenständigkeit der europäischen Muslime auch gegenüber Staaten und Parteien der muslimischen Welt hervorzuheben, um dieses dynamische Selbstverständnis auch zu kultivieren. Diese Unabhängigkeit muss sich bis in die Wahl der diskutierten Themen fortsetzen, denn die Fragestellungen sind in Europa oft ganz andere als andernorts. Imamen und anderen muslimischen MultiplikatorInnen kommt hier eine ganz besondere Rolle und Verantwortung zu. Ihr Berufsbild bedarf einer auf die europäische Situation ausgerichteten Definition mit Konsequenzen, die auch in neue Ausbildungskonzepte reichen.

Institutionalisierung als Weg der Einbindung und die Sackgasse „Sicherheitspolitik“

Dazu ist ein weiterer Weg der Institutionalisierung unumgänglich. Wollen Muslime sich in diesem Sinne einbringen, bedürfen sie einer entsprechenden, auch rechtlichen Verankerung in den europäischen Gesellschaften und Staatensystemen. Organisationsformen werden ebenso benötigt wie Fragen der Repräsentanz zu klären sind. In diesem Prozess betonen die Konferenzteilnehmer die Wichtigkeit, diese Integrationsfrage nicht unter dem Sicherheitsaspekt zu behandeln. Integration ist eine Querschnittmaterie, die in einem eigenen Ressort behandelt werden sollte. Die Ansiedlung der Integrationsabteilungen in Innenministerien führt immer wieder zu einer Optik, bei der selbst „weiche“ Maßnahmen letztlich in die Nähe von Sicherheitsmaßnahmen rücken. Damit kann psychologisch nicht das nötige Vertrauen aufgebaut werden. Jedenfalls soll vermieden werden, dass bereits im Entstehen von muslimischen Vertretungen der Staat in innere Angelegenheiten so eingreift, dass Personen ohne Akzeptanz der Basis, ja Personen, die sich erklärtermaßen vom Islam abgewandt haben, muslimische Anliegen vertreten. Das österreichische säkulare Kooperationsmodell, wo der Islam seit 1912 gesetzlich anerkannt ist, bietet dagegen eine solide Basis für Entwicklung nach innen wie nach außen und für einen institutionalisierten Dialog.

Die europäischen Prinzipien von Gleichberechtigung und Religionsfreiheit werden von einer „lex islam“ – Juridikatur in Frage gestellt

Wie wichtig ein konstruktiver und sachlicher Umgang ist, zeigen drei heftig diskutierte Themen auf: Kopftuchverbote an Schulen in Frankreich und Deutschland, Verbote Minarette zu errichten und Gesetze gegen den Gesichtsschleier. Gleichzeitig vermitteln verschiedene Meinungsumfragen Ergebnisse, die von einem steigenden diffusen Unbehagen und Ängsten bis Ablehnung gegenüber muslimischen Minderheiten zeugen. So liegt der Rückschluss nahe, dass mit derartigen Maßnahmen

vor allem auf einer emotionalen Ebene Signale in Richtung der Mehrheitsbevölkerung gesendet werden sollen, dass die „eigenen Werte“ gegen „dem Fremden“ verteidigt würden. Bei Muslimen verstärkt sich damit andererseits der Eindruck, hier werde in Punkto Religionsfreiheit mit zweierlei Maß gemessen. Verschiedene gesetzliche Bestimmungen, die eigens darauf abzielen, Räume religiösen Praktizierens einzugrenzen und nur auf Muslime zugeschnitten sind, stellen das Prinzip der Gleichberechtigung in Frage. Hier droht eine subtile Untergrabung rechtsstaatlicher Prinzipien stattzufinden.

Das „Ausländerthema“ wird zum „Islamthema“

Besonders komplex wird die dahinterstehende Problematik durch bisher nicht zufriedenstellend verlaufene Integrationsprozesse, bzw. durch mangelnde Kommunikation von Erfolgsgeschichten. Hier zeichnet sich ab, dass das „Ausländerthema“ zunehmend zu einem „Islamthema“ wird. Soziale Ungleichheiten, Bildungsferne, die Konzentration in billigen Wohngebieten und fehlende Aufstiegsmöglichkeiten werden immer wieder auf einen angeblichen religiösen Aspekt reduziert. Zusätzlich problematisch erscheinen all jene Nachrichten aus Ländern der muslimischen Welt, die negative Einstellungen scheinbar noch begründen. Wer mittels selektiver Wahrnehmung danach trachtet, seine anti-islamischen Ressentiments bestätigt zu sehen, wird auch mangels „good news is good news“ fündig werden.

Bessere Vernetzung muslimischer Multiplikatoren und Implementierung gefasster Erkenntnisse

Dies verdeutlicht die große Dringlichkeit, dass sich religiöse Autoritäten und MultiplikatorInnen auf muslimischer Seite vernetzen und für eine klare Positionierung und auch Orientierung sorgen. So wie die vorausgehenden Imaekonferenzen Graz 2003 und Wien 2006 die Kompatibilität eines muslimischen Bewusstseins mit dem Bekenntnis zu den Werten von Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten theologisch herausarbeiteten und praktische Handlungsfelder aufzeigten, so soll hier nun angeknüpft werden. Dabei muss die kritische Frage gestellt werden, inwieweit die Implementierung der bisherigen Konferenzbeschlüsse gelingen konnte. So sehr es ermutigt, dass aus den Beschlüssen bei Fachtagungen und in der einschlägigen Literatur immer wieder zitiert wird, so sehr mangelt es im breiteren, vor allem medial geführten Diskurs an der Wiedergabe der Beschlüsse. Hier werden nach wie vor die gleichen Verdächtigungen wiederholt, dass der Islam per se eben nicht vereinbar mit Europa sei und damit ein schädliches Klima des Misstrauens verstärkt. Aber auch in Bezug auf die innermuslimische Rezeption besteht noch Bedarf an weiterer Verbreitung. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, diese Beschlüsse erst verankern zu müssen, da sie verfasst wurden, um die Haltung und Einstellung des Mainstream theologisch begründet in die Öffentlichkeit zu tragen. Aber als Argumentationshilfe könnten sie noch viel stärker herangezogen werden und damit auch zur wichtigen mündlichen Tradierung und breiten Bewusstseinsbildung beitragen.

Wie kann ein europäisches „Wir-Gefühl“ unter Einschluss der Muslime erreicht werden?

Angesichts der Einsicht, dass zunehmend irrationalen Debatten schwer mit logischen Argumenten allein beizukommen ist, muss das Schwergewicht der Aktivitäten weiterhin auf einen Zugang des „Integration durch Partizipation“ gelegt werden. So wie die zunehmende Sichtbarkeit von Musliminnen und Muslimen in Europa Fragen auslöst, kann die positive Teilhabe in der Gesellschaft wohl deutlicher als manch theoretische Debatte aufzeigen, dass ein europäisches „Wir-Gefühl“ mit Einschluss der Muslime möglich ist und das Ziel sein sollte. *Role models* sollten verstärkt in der

breiteren Öffentlichkeit präsentiert werden. Muslime wollen nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung moderner Herausforderungen wahrgenommen werden. Dazu ist ein stärkeres verantwortliches Engagement nötig. Dieses Handeln ist die wirkungsvollste Form von Dialog.

Bringschuld der Muslime und Holschuld der Mehrheitsgesellschaft

Umgekehrt ist dazu aber auch erforderlich, dass die Negativspirale ständiger Verdächtigungen und Unterstellungen durchbrochen wird. In diesem Klima drohen gemäßigten Kräfte guten Willens auf muslimischer Seite zu resignieren. Denn mehr als sich immer wieder zu deklarieren und im eigenen Leben dafür einzustehen, lässt sich nicht tun. Wenn aber die gleichen misstrauischen, längst beantworteten Fragen in Endlosschleife wiederholt werden, gehen diese klaren Statements unter. Die Delegierten fordern hier eine Trendumkehr und warnen eindringlich vor den negativen Konsequenzen dieser Stimmungsmache.

Alltagstaugliche Empfehlungen

Daher haben sich die Delegierten auf alltagstaugliche Empfehlungen konzentriert. Möglichst konkret sollen jene Bereiche angegangen werden, die besonders im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Um zu verdeutlichen, wie wichtig dabei eine kluge Formulierung der Ausgangsfragen ist, sind diese in den einzelnen Workshops wiedergegeben.

Damit soll ein stufenweises Voranschreiten von Konferenz zu Konferenz ermöglicht werden: Von der Standortbestimmung 2003 zu dem Aufzeigen von Handlungsfeldern 2006 zu einer Darlegung, wie und wo Muslime in Europa ihre Möglichkeiten konstruktiver Beiträge sehen.

Quelle: www.europa-imamekonferenz.com